

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 15.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 45.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Wagelgen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-spaltige Nonpareilgröße oder deren Raum mit 20. 4.—, die Reflamgröße mit 20. 7.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Mäüller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Bruch, Nastätten.

Begründet 1878.

Nr. 90

Nastätten, Donnerstag den 3. August 1922

45. Jahrgang

Ernährung und Reparation.

Vom 13. August ab wird sich der Brotpreis erhöhen und nicht viel unter 30 Mark für das Markbrot betragen. Der genaue Betrag richtet sich nach den lokalen Verhältnissen. Eine Lebensmittelpreissteigerung ist bereits vor zwei Monaten angekündigt worden. Nur wurde damals die Erwartung ausgesprochen, der Preis würde etwas weiter unter 30 Mark bleiben. Diese Hoffnung würde sich auch wohl erfüllen lassen, obgleich die Wertidee nur im Durchschnitt nur eine mittlere sein wird, aber der seitdem eingetretene Sprung des Dollars über 500 macht uns das aus Amerika zu laufende Getreidemehl so teuer, daß der Brotpreis eben nach oben geht. Auch der Preisunterschied zwischen Markbrot und markentfreiem Brot wird beträchtlicher sein, als vor ein paar Monaten angenommen worden war.

Den Wunsch, den wir bezüglich der zunächst unvermeidlichen Brotverknappung selbstverständlich ausdrücken müssen, ist der, daß dieser Preisstand nicht zu lange anhalten möge. Die Erfüllung dieses berechtigten Wunsches ist keinesfalls unmöglich, sie hängt davon ab, wie die Markt sich wieder erholt und damit ihre Kaufkraft gesteigert wird. Speziell bezüglich der Lebensmittelpreise hatte im Frühjahr die Ententepresse einschließlich der französischen Zeitungen es offen ausgesprochen, daß sie kein Interesse an den hohen Lebensmittelpreisen in Deutschland habe, vielmehr wünschen müsse, daß die Volksernährung sich ohne Schwierigkeiten vollziehe. Dieser Anspruch ist sehr erklärlich, denn je mehr Deutschland für Lebensmittel an Devisen dem Ausland zahlen muß, um so weniger kann es Reparationszahlungen an die Entente leisten. Die Reichsregierung hat ja auch in ihrem Stundungsangebot nach Paris ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie bei voller Erfüllung ihrer Verpflichtungen nicht genug Geld übrig behalte, um den Bedarf an Brotmehl zu decken.

Die internationalen Bankiers beklagen ihr Versehen, daß es anders werden muß, mit der äußersten Entwertung der Mark. Dem deutschen Volke liegt am nächsten die Frage, es muß anders werden, damit sich nicht der Mangel an Lebensmitteln einstellt. Lebensmittelpreis und Geldentwertung sind ja nur die verschiedenen Ausprägungen derselben Grundursache, der Ueberwälzung, darum hilft auch von selbst nach der anderen Seite, wer nach der einen Wandel schaffen will, aber ein Anfang muß gemacht werden. Und das Geheiß: In Deutschland droht die Not — packt die Menschheit doch anders, als die finanzpolitischen Ermahnungen.

Menschliche Teilnahme und kaufmännischer Geschäftssinn sprechen in gleicher Weise für einen Wandel der Finanzpolitik, die den Hunger wehrt und die Paralyse steigert.

Neue Weltkonstellation.

Vor etwa drei Wochen hatte Poincaré gesagt, die ganze Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England in der Reparationsfrage besteht darin, daß er glaube, Deutschland könne bezahlen, was auf Grund des Londoner Ultimatum verlangt werde, während Lloyd George diese Anschauung nicht teile.

Wenn Frankreich seine Haltung in der Reparationsfrage im wesentlichen aufrechterhält bzw. aufrecht erhalten kann, denn das letzte Wort hat schließlich der Frankfurter, so wird aus der deutschen finanzpolitischen und der europäischen wirtschaftspolitischen Frage eine rein politische Macht-Auseinandersetzung zwischen den beiden Ententestaaten, deren kühlerer Kriegsbund sich damit in eine von den Tagesstimmen abhängige Allianz umwandelt. Und damit bereitet sich dann eine neue Weltkonstellation vor, die keinen neuen Krieg bringen braucht, aber jedenfalls eine andere Gruppierung der Staaten bringen wird. Es würde eine Wiederholung des Vorganges sein, den Deutschland vor dem Weltkrieg mit Italien erlebt hat. Die meisten Deutschen betrachteten Italien noch im Anfang 1914 als unseren Verbündeten, während wir uns tatsächlich schon 1902 nicht mehr auf italienischen Beistand gegenüber Frankreich verlassen konnten.

Die Londoner Auslassungen räumen vorbehaltlos ein, daß den Engländern ein laaues Verweilen der Franzosen am Rhein,

das auf ein häusliches Einrichten schließen läßt, nicht angenehm ist, und daß sich über die Verhältnisse in Vorderasien noch lange nicht eine Einigkeit cordiale eingestellt hat. Es liegt auf der Hand, daß diese Angelegenheiten auch andere Staaten betreffen, und englische Zeitungen haben bereits Zusammenstellungen für eine neue Weltkonstellation herausgerechnet. Sie sagen, daß sich Italien, Rußland, Ungarn und Rumänien voraussichtlich zu England finden werden, und daß es in Deutschlands Interesse liegen wird, dieser Vereinigung nicht entgegen zu sein. Die französische Republik würde Polen, Tschechen, Südslaven und möglicherweise Griechenland und die Türkei auf ihrer Seite haben. So würde Europa nicht wieder in zwei Heerlager, wohl aber in zwei Gruppen geteilt sein, die versuchen müßten, miteinander sich zu verständigen.

Es ist sehr wohl möglich, daß, wenn auch nicht gerade eine solche, so doch eine ähnliche Konstellation zustande kommt, wenn das Londoner Ultimatum eine ungelöste Frage bleibt, aber für uns gilt der Satz, daß wir uns nicht an eine fremde Deichsel spannen lassen, wo wir an der Karre der eigenen Lasten genug zu ziehen haben. Wenn keine Einigung zwischen den Staaten des Ultimatum zustande kommt, so können wir nur zahlen, wozu wir imstande sind und müssen im übrigen die weitere Entwicklung abwarten. Es ist sehr wohl möglich, daß die deutsche Rheinland-Okkupation einmal in Vorderasien entschieden werden wird.

Bevor die Völkerbund-Session in Genf sich vertagt, hat sie bekanntlich den Franzosen das Mandat für Syrien und den Engländern das Mandat für Palästina zugeteilt. Daneben regiert in Damaskus noch ein Araberreich, der in englischen Diensten steht, als König der umliegenden Gebiete. Ob mit diesen Mandaten die Ruhe und Ordnung in Vorderasien verbürgt sind, ist die Frage, zumal noch die Besitzansprüche der Türken und Griechen in Betracht kommen. Daß mit diesen Verhältnissen noch die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten über die deutschen Reparationszahlungen verknüpft sind, ist ein seltsames Zusammentreffen, aber trotzdem Tatsache.

Schutzgesetz und Staatsrechtslehrer.

Zwei widersprechende Rechtsansichten.

Der Breslauer Staatsrechtslehrer Prof. Axel Frey, v. Frentag-Vorlinghoven stellt in einem in der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichten Aufsatz fest, daß bei dem Erlaß des Gesetzes zum Schutze der Republik ein schwerer Formfehler begangen worden ist. Die Gehehe seien zwar unbeschränkt in Widerspruch mit der Weimarer Verfassung, stellten jedoch keine Verfassungsänderung im eigentlichen Wortsinne dar. Nach wie vor beständen die Artikel 18, 128 und 124 zu Recht, nach denen jeder Deutsche das Recht hat, seine Meinung auf beliebige Weise frei zu äußern, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln, Vereine und Gesellschaften zu bilden. Diese Bestimmungen seien weder aufgehoben noch in ihrer Wirkung beschränkt worden. Professor v. Frentag schreibt alsdann:

Wollte man eine Verfassungsänderung, wie Artikel 76 sie vorsieht, so müßte man eine Änderung des Wortlautes der Verfassung vornehmen. Man müßte die Artikel 118, 128 und 124 ausdrücklich aufheben oder ihnen zum mindesten eine Einschränkung beifügen, die einen Hinweis auf die Schutzgesetze enthält. Nur auf solchem Wege könnte bekundet werden, daß Reichstag und Reichsrat den Ernst der von ihnen gefaßten Beschlüsse erkannten, nur so könnte der Vorwurf einer Täuschung des Volkes vermieden werden.

Der Ordinarius für Staatsrecht an der Universität in München, Prof. Dr. Karl Rothemann, hielt auf Einladung des Bayernbundes für Deutschlands Neubau einen Vortrag über das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich. Er führte dabei an:

Wenn er, Redner, bayerischer Richter wäre, würde er sich für verpflichtet halten, nach dem deutschen Reichsgesetz zu verfahren und die bayerische Verordnung als nichtig und nicht bestehend zu erachten. Die Folge davon sei, daß kein Anwalt der Zuständigkeit des Gerichtes anerkennen brauche. Der Staatsgerichtshof sei noch nicht im mindesten behindert, ein An-

gelegenheit an sich zu ziehen oder der Reichsanwalt behindert, bayerische Beamte zur Rechtshilfe aufzufordern. Es sei ihm schmerzlich, dies mit aller Bestimmtheit sagen zu müssen, weil er sich damit in einen Gegenfuss stellen müsse zu Leuten, die er als Juristen und Persönlichkeiten achtet. Auch in Berlin seien Fehler gemacht worden, aber das akute Bayern nicht, ardhere Fehler zu machen.

Die Auslegung der Schutzgesetze.

Der erste Kommentar.

Die neuen Gesetze zum Schutze der Republik dürften den zünftigen Juristen noch viel Kopfzerbrechen machen. In der Augustnummer der „Deutschen Juristenzeitung“ hat jetzt der Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Adolf Lobe ein Kommentar veröffentlicht, der sich allerdings nur mit den beiden Notverordnungen vom 26. und 29. Juni beschäftigt. Da deren Inhalt größtenteils in die Schutzgesetze übergegangen ist, so gelten seine Ausführungen auch für diese.

Die Verordnungen — wie das Schutzgesetz — sumpeln gemeine Verbrechen, besonders Mord, zu politischen und weisen ihre Aburteilung Sondergerichten zu. Die unerwünschte Folge dieser Vorschriften wird eine Erschwerung der Auslieferung der in das Ausland geflohenen Mordtäter sein. Die Rückwirkung der neuen materiellen Strafvorschriften ist nach dem Grundgesetz: „nullum crimen sine lege“ natürlich ausgeschlossen. Dagegen gelangen die auch schon nach den bisherigen Strafbestimmungen, besonders dem Strafgesetzbuch, strafbar gemessenen Taten, besonders der Mord an Rathenau, vor dem Staatsgerichtshof zur Aburteilung, weil neue Prozessvorschriften grundsätzlich auch schon erfüllte Tatbestände erfassen. Die Notverordnungen sind, als für die Zeit des Fehlens gesetzlicher Vorschriften bestimmt, mit der Verkündung des Notgesetzes automatisch außer Kraft getreten. Die während ihrer Geltungsdauer begangenen Straftaten bleiben aber — nach der bekannten Praxis des Reichsgerichts — als nach einer nur für eine beschränkte Zeit gegebenen Strafvorschrift verfolbar, auch nach dem Außerkräftwerden der Verordnungen strafbar, trotz St. G. B. § 2 II.

Bemerkenswert ist, daß Lobe den in den Verordnungen gebrauchten Worten „republikanische Staatsform“ die Auslegung gibt, die Wendung sei eine einseitige gegen die Angriffe auf die Republik aeminales Kampfmittel, kein gegen die Angriffe auf die Verfassung gerichtetes Gesetz; sie richte sich also nur gegen rechtsradikale Gewalttaten, nicht z. B. gegen Unternehmungen zur Einführung der Räterepublik.

Wie weit diese Auslegung zutrifft, darüber mögen sich die Juristen streiten.

Neue Vertagung der Bayerkrise.

Auch am Montag ist noch nicht die Entscheidung darüber gefallen, welche Antwort die bayerische Regierung auf den Brief des Reichspräsidenten geben werde. Der Reichsrat hat sich dem Vernehmen nach in der Hauptsache nur mit den allgemeinen Koalitionsgesandlungen für die Regierungspolitik beschäftigt, wie er sich nach dem Ausscheiden der Demokraten aus dem Kabinett ergeben haben. Die Antwort auf den Brief Eberts soll erst in einem neuen Ministerrat am Mittwoch beraten werden. Da die Regierung vor der Abstimmung des Briefes vermutlich noch einmal die Führer der Regierung nahestehenden Parteien zu Rate ziehen wird, so ist die Antwort kaum vor Donnerstag zu erwarten.

Bayern fordert Garantien.

Dieser neue Aufschub läßt sich wohl damit erklären, daß die Frage, um die es sich hierbei dreht, doch nicht so einfach zu lösen ist, wie es die meisten glauben, die immer nur die formal-juristische Seite hervorheben. Die bayerische Frage ist in erster Linie eine politische, die sich weder durch einen Machspruch des Reichspräsidenten, noch durch ein noch so fern ausgelegtes Urteil des Reichsgerichts lösen läßt. In maßgebenden bayerischen Kreisen wird daran erinnert, daß während des Krieges die wirtschaftliche Zwangswirtschaft in Bayern als schwer erträglicher Eingriff empfunden worden sei, und daß ihr seit der Umwälzung der Zustand aefolat sei. Den ein-

bayerischer Gewährsmann die „politische Zwangswirtschaft“ nenn. Man müsse nur bedenken, in welchem Maße seitdem den früheren staatlichen Hoheitsrechten Bayerns auf den verschiedenen Gebieten Abtrag geschehen sei, wie groß die Zahl der in Reichsbeamte verwandelten früheren bayerischen Beamten sei. Immer mehr Einschränkungen habe sich der bayerische Staat auferlegen lassen müssen. Mit den neuesten Vorkommnissen sei die äußerste Grenze erreicht, und es herrsche die tiefe Befürchtung vor der Gefahr, daß, wenn es auf diesem Wege weitergehe, eines Tages der letzte Rest der bayerischen Hoheitsrechte verschwinde. Diese Befürchtung sei durch die Vorgänge seit dem Mord an Rathenau berät gesteigert worden, daß allgemein die Auffassung herrsche, über die vom Reichspräsidenten abgegebene Versicherung, daß der staatliche Charakter der einzelnen Länder nicht beeinträchtigt werden solle, hinaus müsse Bayern eine Garantie erhalten, die nicht an die wechselnden Persönlichkeiten der Reichsregierung gebunden sei, sondern dauernden Charakter habe. Es müsse die schwebende grundsätzliche Frage jetzt dahin ausgetragen werden, daß die dauernde Sicherheit dagegen geschaffen werde, daß weitere Einschränkungen der bayerischen Hoheitsrechte erfolgen.

Neuer Konflikt im Orient.

Griechischer Vorstoß auf Konstantinopel?

Die griechischen Gesandten in Paris, London und Rom haben im Anschluß an die frühere Note, in der sich Griechenland wegen der türkischen Belagerung, den Friedensvertrag zu vollziehen, seine Handlungsfreiheit vorbehält, eine neue Note überreicht, in der sie für Griechenland die Ermächtigung erbitten, Konstantinopel zu besetzen. Gleichzeitig wird aus Konstantinopel gemeldet, daß die Landung griechischer Truppen in Rodosto (am Marmarameer) andauere. Man schätzt die Zahl der gelandeten Truppen auf etwa 25 000.

Die Haltung der Entente.

Der Oberbefehlshaber der Ententestreitkräfte in Konstantinopel hat die Tschatalaschalinie von schwarzen und weißen Franzosen besetzen lassen und erklärt, daß er sich einem Angriff der Griechen gegen Konstantinopel mit allen Mitteln widersetzen werde. Das scheint auf den Mut der Griechen sehr abkühlend gewirkt zu haben. Andererseits dürften sie sich nicht so weit vorgewagt haben, wenn sie nicht einer gewissen Unterstützung durch England sicher zu sein glaubten. Zwar hat England offiziell Einspruch gegen das Vorgehen der Griechen erhoben, aber die Londoner Presse findet viele Entschuldigungsgründe für die Griechen. Die Franzosen und Italiener gehen aber in dem griechisch-türkischen Konflikt auf Seiten der Türken und drängen in London aufs schärfste Gegenmaßnahmen gegen Griechenland zu treffen. Der Streit um den nahen Orient ist ja seit Kriegsende eine der wichtigsten Streitfragen zwischen England und Frankreich gewesen.

Autonomieerklärung Smyrnas.

Der griechische Oberkommissar von Smyrna hat die Autonomie des Gebiets von Smyrna erklärt. Die Griechen müssen nach dem Friedensvertrag die Stadt über kurz oder lang räumen und wollen so verhindern, daß sie wieder in türkische Hände kommt. „Zum Schutze“ des neuen „selbständigen“ Smyrna-Gebiets werden nämlich die griechischen Truppen in der Stadt bleiben.

Poincaré drängt und droht.

Frankreich will Entscheidung vor dem 15. August.

In einer Unterredung mit Lord Balfour führte der französische Botschafter in London nochmals aus, daß eine französisch-englische Besprechung am 15. August in Paris als eine dringende Notwendigkeit angesehen werde, damit die Reparationskommission an diesem Datum in der Lage sei, auf das deutsche Eruchen um ein Moratorium zu antworten und entweder das Eruchen abzulehnen, oder Einzelheiten bezüglich der Dauer, der Garantien und anderen Bedingmaßen des Moratoriums festzusetzen. Poincaré bedauere die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die sich aus der italienischen Ministerkrise ergeben haben, er habe aber nicht alle Hof-

nung aufzugeben, daß eine Lösung erreicht werde. Auf jeden Fall dürften die oben-erwähnten Angelegenheiten keinen Aufschub. Poincaré würde es sehr begrüßen, wenn ein belgischer Vertreter und vielleicht der italienische Botschafter in London von Großbritannien eingeladen werden könnten, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. In allererster Linie aber scheint ihm ein Meinungsaustausch zwischen Lloyd George und ihm selbst erforderlich.

Ein neuer Plan Poincarés.
Diese Mitteilung des Botschafters will Poincaré, wie der Pariser „Figaro“ wissen will, durch eine neue Note in dringender Form befähigen und dabei anknüpfen, daß er die Absicht habe, der englischen Regierung einen Plan zur Lösung der Reparationsfrage vorzulegen. Der Kernpunkt dieses Planes soll der wiederholt erwähnte, von Finanzminister de Cassini vertretene Gedanke einer schrittweisen Verabfolgung der deutschen Schuld durch Verrechnung der Obligationen der Reichsbank bei entsprechenden Zahlungen Deutschlands und gleichzeitige Streichung von interalliierten Schulden sein.

Deutsches Reich.

Der Eid der Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Der Reichsrat stimmte bereits den Verordnungen über den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik und der Verordnungen über das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof in Verwaltungssachen zu. Bei der ersten Verordnung wurde auf Antrag der Ausschüsse der Justiz gemacht, daß der besondere Eid, den die Mitglieder des Staatsgerichtshofes zu leisten haben, sowohl in religiöser wie in nichtreligiöser Form geleistet werden kann.

Die Anschaffung von Reichskanonen für die preussischen Dienstgebäude hat das preussische Staatsministerium beschlossen. Sie sollen stets gemeinsam mit der preussischen Fahne gehißt werden. Soweit ein zweiter, feststehender Flaggenmast nicht vorhanden oder mit erheblichen Kosten anzubringen ist, soll auf andere Weise, z. B. durch Aufhängen der zweiten Fahne aus einem Dachfenster und dergleichen, für die doppelte Beslagung gesorgt werden.

Verbot einer unabhängigen Zeitung in Bayern. Der Staatskommissar für Nürnberg und Fürth verbot die unabhängige Zeitung „Der Sozialdemokrat“ für acht Tage wegen der Uebernahme eines Artikels aus der Parteikorrespondenz der unabhängigen Sozialisten. Das Verbot trifft auch die für Thüringen und Württemberg erscheinenden Zeitungen „Freie Presse“ und „Sozialist“.

Wegen Landesverrats verhaftet. Wegen Landesverrats nahmen Kriminalbeamte in Bremen zwei Personen aus Düsseldorf bzw. Wilhelmshaven fest. Umfangreiches Material über Marineangelegenheiten, welches dem französischen Nachrichtendienst ausgeliefert werden sollte, wurde beschlagnahmt.

„Nie wieder Krieg.“ Aus Anlaß der 8. Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruchs hat der Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg“ am Sonntag in etwa 250 deutschen Städten Kundgebungen veranstaltet. In Berlin, wo die Veranstaltung in üblicher Weise auf dem Lustgarten stattfand, war die Beteiligung nur äußerst schwach, da sowohl die sozialistischen Parteien wie die Gewerkschaften offiziell nicht mitmachten. Gegen 12 Uhr langten einzelne Bänder mit roten und auch schwarzrotgoldenen Fahnen an, aber der Lustgarten füllte sich nur spärlich, und nur die Domterrasse und die Terrasse vor dem Alten Museum waren einigermaßen besetzt. Die Kundgebung selbst verlief ohne Störung. In der Hauptsache wurde Musik gespielt. Außerdem deklamierte man Stellen aus einem geschmacklosen Gedicht. Die Redner wandten sich gegen jede Bewegung, die zum Kriege rängt. Dann lösten sich die Bänder auf und zerstreuten sich regellos. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Der preussische Amnestieausschuß, der nach dem Amnestiegesetz von den Beteiligten angernnen werden kann, legt sich aus folgenden Landtagsabgeordneten zusammen: Dr. Siegfried Holsfeld (Erlangen-Rutten), Gottwald-Berlin (Frau Deleberger), Dr. Seelmann (Dr. Kaufmann), Dr. Kriege (Dr. v. Eynern), Dr. Diebnecht (Weid), Nilsche (Dr. Preuß), Denzel-Halle (Dr. Meyer-Ditpreußen). Zur Frage von Gnadenbewerben gegenüber den aus Anlaß des Februarstreiks verurteilten Eisenbahnern hat der preussische Justizminister die nötigen Anordnungen zur Prüfung der einzelnen Fälle gegeben.

Wegen Rathenau-Beleidigung verhaftet. In Karlsruhe nannte bei einer Fiktionserhaltung über politische Angelegenheiten ein junger Student den ermordeten Minister Rathenau einen Bestimmungslumpen, der vor und während des Krieges anders gedacht und geschrieben habe als nach dem Kriege. Eine der Gäste erhob sich, legitimierte sich als Kriminalbeamter und erklärte den Studenten auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik für verhaftet. Der Verhaftete wurde sofort ins Gefängnis gebracht.

Zur Untersuchung des Falles Reil-Vasille wurde vom württembergischen Landtag die Einsetzung eines Ausschusses von 12 Mitgliedern beschlossen. Seine Aufgabe ist, erstens die vom Minister Reil in der Reichstagsabstimmung vom 18. 7. gegen Vasille erhobenen Beschuldigungen nachzuprüfen und zweitens den vom Abgeordneten Vasille gegen Reil erhobenen Vorwurf des Amtsmissbrauchs zu untersuchen.

Ein kommunistisches Waffenlager wurde im Keller des Hauses Hochstraße 13 in Berlin entdeckt. Neben einer Kassebahn des Schankwirts Wisse befand sich ein zugemauerter Raum, in dem die politische Polizei drei Maschinenpistolen, acht Gewehre (zwei Modell 98 und ein belgisches), 10 Handgranaten und Sprengstoff in einer Menge von 20 bis 25 Kilogramm und 40 Meter Rindschnur entdeckte und beschlagnahmte. Wisse ist Kassierer im 3. Bezirk der K. P. D. und als Angehöriger dieser Partei Bezirksverordneter im Bezirk Wedding. Zusammen mit einem gewissen Ahrends, der mit Frau und Kind flüchtig ist, war Wisse in die kommunistische Telefunkenaffäre verwickelt, die seinerzeit ein gewisses Aufsehen erregte. Ein zweites Waffenlager, bei dem es sich offenbar um ehemalige Einwohnerwehren handelt, wurde von der Abteilung Ia in Groß-Wichterfelde im Dachgeschoss einer Villa beschlagnahmt.

Die Tätigkeit Ludendorffs in Bayern bildete den Gegenstand einer kleinen Anfrage, die von kommunistischer Seite im bayerischen Landtage eingebracht war. Sie wurde dahin beantwortet, daß es als falsch bezeichnet werden muß, daß in den Aufhebungen Ludendorffs gegenüber dem Berliner Korrespondenten des „New York Herald“ ein Versuch zu erblicken sei, sich der Entente als Soldatführer gegen Ausland anzubieten. Auch die Behauptung, daß Ludendorff eine heberische und verleumdende, das Reich schädigende und der Entente Vorstoß leistende Tätigkeit entwickle, sei nicht gerechtfertigt.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Einer Vorlage wegen Erhöhung gewisser Sätze der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent vom 15. August ab wurde vom Reichsrat nach dem Ansuchenantrag mit der Maßgabe zugestimmt, daß diese Frage nach dem Zusammentritt des Reichstages von neuem geprüft werden müsse, nachdem der sächsische Landtag Dr. Gradnauer erklärt hatte, daß er auf einen Antrag auf Erhöhung um 100 Prozent nur mit Rücksicht auf diese spätere Nachprüfung verzichten wolle.

Der neue Reichsgerichtspräsident Dr. Simons wird seine Amtsgeschäfte am 1. Oktober übernehmen. Der Reichspräsident wird ihn selbst in sein Amt einführen. Dem Vernehmen nach ist, wie die

„Königliche Zeitung“ meldet, in Obligt der unabhängigen Gewerkschaftssekretär Euerbrey als Vorgesetzter von Obilas vom Minister des Innern Severing beauftragt worden.

Ausland.

Polen.
Korianty definitiv abgelehnt. Nachdem der polnische Seim vor kurzem das Militärentschloß gegen den Staatschef Pilsudski abgelehnt hat, hat jetzt die Seimkommission, die Korianty als Ministerpräsidenten aufgestellt hatte, mit 222 gegen 202 Stimmen der Designierung Koriantys wieder zurückgezogen und Pilsudski schriftlich erlucht, die Initiative zur Kabinettsbildung zu ergreifen. Damit ist die Episode Koriantys endgültig erledigt, die polnische Ministerkrise dagegen noch lange nicht beendet. Nunmehr wurde der Rektor der Krakauer Universität Nowak von Pilsudski mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt.

Belgien.
Vanderlip über Deutschlands Zukunft. Vanderlip erklärte einem Vertreter der „München-Augsburger Zeitung“, München und das bayerische Land und Volk hätten auf ihn einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. Man habe ihm in Berlin erklärt, daß Bayern die Monarchie anstrebe; er habe in Südbayern wohl bemerkt, daß die monarchische Gesinnung vorherrsche, daß dies aber mit einem monarchistischen Putz nichts zu tun habe. Auch der bayerischen Regierung dürfe man ganz und gar nicht nachsagen, daß sie der Monarchie zustrebe. Aus seinen Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten und dem Landwirtschaftsminister habe er diese seite Ueberzeugung gewonnen, ebenso auch, daß Bayern die letzten Schritte nicht unternommen habe, um die Monarchie zu fördern, sondern um Bayern als Staat zu unterhalten und um für die bayerischen Hoheitsrechte alles zu tun, was in ihrer Kraft liege. Mit der gleichen Offenheit sagte er, daß er nicht glaube, daß im Norden Deutschlands der Weg für die bolschewistische Entwicklung reif sei. Deutschland würde im Herbst und Winter von schweren Unruhen nicht verschont bleiben. Ob die Regierung in Berlin stark genug sein wird, dieser Unruhen Herr zu werden, das wage er nicht zu beantworten. In wirtschaftlicher Hinsicht äußerte sich Vanderlip sehr pessimistisch. Hier könne nur die Revision des Versailler Vertrages helfen.

Frankreich.
Ein Kommunistenprozeß in Paris. Das Pariser Strafgericht verurteilte die kommunistischen Parteiführer und Kammerdeputierten Marcel Cachin und Bailant-Couturier zu je 500 Franken und den Kommunisten Perri zu 100 Franken Geldstrafe wegen Aufreizung von Militärpersonen zu Unruhen. Die Angeklagten hatten den Vorsitzenden des Gerichts wegen Befangenheit abgelehnt, doch war ihr Ablehnungsantrag als nicht zulässig verworfen worden.

Poincaré redet und droht weiter. Am Sonntag weihte Poincaré in den Argonnen ein Denkmal für die Gefallenen ein. In seiner Festrede führte Poincaré aus, daß die verheerenden Einfälle der Deutschen in Frankreich immer über die Argonnen geführt hätten, und daß diese Gegend sich als eines der sichersten Bollwerke für Frankreich erwiesen habe. Nach dem Poincaré die einzelnen Phasen des Weltkrieges, die sich in den Argonnen abgespielt haben, geirreift hatte, kam er auf das altbekannte Thema der deutschen Schuld und Verantwortung zu sprechen und schloß schließlich seine Erklärungen mit der Versicherung, daß Deutschland das von ihm angerichtete Uebel reparieren muß, gutwillig oder mit Gewalt.

Massenausweisungen Deutscher aus dem Elsaß. Das „Echo de Paris“ meldet aus Straßburg, daß dort hartnäckig das Gerücht umweht, der Generalkommissar werde

demnächst eine Reihe von naturalisierteren Deutschen ausweisen, weil sie eine lebhaft propagandistische Tätigkeit in der Autonomen und die antifröhen Gesinnung unterhalten. Es sollen ungefähr 400 Personen in Betracht kommen.

England.
Bevorstehende Reparationsverhandlungen Lloyd Georges. Wie die „Londoner Sun“ und „Times“ melden, geht Lloyd George ungefahr am 10. August für drei bis vier Wochen auf Urlaub zu. Vorher werde er im Parlament noch eine Arbeitrede gehalten haben, denn im Verlaufe der Woche werde anläßlich der Kreditvorlage die Debatte über das Reparationsproblem und die Frage der interalliierten Schulden erfolgen.

Lloyd George über den kommenden Krieg. Bei einem Festessen einer protestantischen kirchlichen Vereinigung in London hielt Lloyd George eine Rede, in der er die Befürchtung aussprach, daß früher oder später Europa in neue Kriegswirren hineingerissen wird. „Es muß die allererste Aufgabe der Kirche sein“, fuhr er fort, „darüber zu machen, daß nicht wieder ein neues Elend über die Welt heraufbeschworen wird. Vor allem aber muß darauf geachtet werden, daß keine Nation neue Rüstungen unternimmt. Ein neu ausbrechender Krieg wird mit noch schrecklicheren Waffen als der letzte große Weltkrieg geführt werden. Waffen, die man da noch nicht kannte, werden verwendet werden. Wenn die englischen und amerikanischen Kirchen gestatten, daß von neuem ein entsetzliches Blutvergießen beginnt, so tuen sie besser, überhaupt nicht mehr zu lehren. Der kommende Krieg wird ein Krieg gegen die Zivilisation sein. Wir haben nach reifer Ueberlegung die Rüstungen zu Lande, zur See und zur Luft herabgesetzt. Wenn alle Nationen genau so handelten, wird keine Gefahr für den Frieden bestehen.“

Englische Angst vor dem deutschen Flugzeugbau. Die „Londoner Daily Mail“ stellt mit Bedauern fest, daß Deutschland nunmehr zuerst Luftfahrzeuge aus Metall konstruiert habe und zwei solcher Kunstflugzeuge bereits in Neapel angekommen seien, um an dem internationalen Flugwettbewerb teilzunehmen. Das Blatt sagt, daß englische Luftschiffahrt habe sich damit neuerdings von Deutschland überholen lassen. Bereits seit zwei Jahren habe es die englische Admiralität in der Hand gehabt, in England Metallflugzeuge zu konstruieren und in Betrieb zu setzen; sie habe aber unverständlicherweise davon keinen Gebrauch gemacht.

Der Sternhimmel im August.

Man merkt es schon den Tagen an, daß der Tag der Sommersonnenwende hinter uns liegt, die Tage verkürzen sich merklich, und wenn es gegen 9 Uhr dunkel geworden ist, dann strahlt die für den Sommer kennzeichnende große Sommergruppe gerade im Süden. Sie beginnt mit dem hellen Arktur im Bootes, der den Meridian vor ein paar Stunden überschritten hat. Dann links davon die Krone; ein halbfreisförmiges Band mit der hellen Gemma darin. Dann gerade im Meridian Hercules und darunter der Schlangenträger Ophiuchus, der die Schlange in der Hand trägt. Unter diesem, dem Horizont nahe, der Skorpion, ein sübliches Sternbild, mit dem rötlichen Antares darin. Am westlichen Horizont, dem Untergang nahe, liegen am Horizont noch Löwe und Jungfrau und der große Bär neigt sich unter den Polarstern. Dafür kommen im Osten hoch zunächst am Horizont Schütze, Wassermann und Fische, darüber der Pegasus. Nahezu längs des Meridians läuft die Milchstraße, etwas östlich davon. Sie zeigt im Süden im Schwan und Adler, die auch zur Sommergruppe gehören, ihre hellsten Teile, wie sie sich in zwei Armen nach Süden zieht. Im Nordost erhebt sich die Gruppe aus Andromeda, Cassiopeja und Cepheus, nach dem Zenit hin, und dem Perseus, wo die Milchstraße den nördlichen Horizont berührt. Hoch in der Mitte des Him-

Spitzen.
Roman von Paul Lindau.
(Nachdruck verboten.)
„Der Rechtsstaat Zeitung der Bedrückten“
in riesengroßer Schrift, und darunter in kleineren Lettern auf der linken Seite: „Gleiches Recht für alle“ und rechts: „Mene Thelal Upharjin!“ In der Mitte ein großer Holzschnitt: eine Faust, die einem Gesichte eine Wasse herunterreißt, und in einem Spiegel das Bild dieses schaußig grinsenden Gesichts.
Ueber die Blätter in der Auslage waren Streifen in knalligen Farben gebettet mit auffällig gedruckt: „Die Geheimnisse des Kommerzianten.“ „Wie der junge Graf zu einer alten Frau kam.“ „Die Brüder eines hohen Beamten“ und dergleichen; die vielerprechenden Ueberschriften der besonders spannenden Artikel in diesem Blatte, das erst vor wenigen Wochen ins Leben gerufen worden war, und sich doch schon seinen besonderen Ruf gemacht hatte.
Berta sah sich das an, ohne besondere Teilnahme.
Da trat aus der Haustür ein sehr großer, hagerer Herr mit starkem schwarzen Schnauzbart unter der großen Nase, und Berta machte eine auffällige Bewegung der Ueberraschung. Der Herr streifte sie mit einem Blick.
„Guten Tag, Herr Baron! . . . Sie erkennen mich wohl nicht wieder?“

„Doch, doch“, entgegnete der Hagerer mit verlegenem Lächeln, während er den Hut wuschelte. „Ich weiß nur in diesem Augenblicke nicht recht . . .“
„Sie erkennen mich nicht! Und das ist ganz natürlich. Es sind wohl an die zehn Jahre, daß wir uns nicht gesehen haben. Aber Sie haben sich fast gar nicht verändert. Ich war im Dienste der Frau Baronin . . . Berta.“
„Fräulein Berta!“ rief Freiherr von Saza in freudiger Ueberraschung aus. „Aber natürlich! . . . Ich bitte Sie . . . so leicht vergißt man das doch nicht . . . Ich freue mich wirklich aufrichtig, Sie wiederzusehen. Wissen Sie, daß Sie viel hübscher geworden sind?“
„Aber, Herr Baron . . .“
„Wahrhaftig, Fräulein Berta, viel hübscher . . . Wir waren damals in Unfrieden geschieden . . . aber ich hoffe, das ist längst vergessen!“
„Mein Gott, ich war damals ein halbes Kind!“
„Und jetzt sind Sie eine reizende junge Dame geworden. Was treiben Sie denn? Aber wir können es uns bequemer machen, wenn wir miteinander ein wenig plaudern wollen. Ich habe nichts zu versäumen. Haben Sie Zeit?“
„Sehr eilig habe ich's auch nicht.“
„Nun dann bitte, treten Sie hier ein. Ich habe mein Bureau hier in diesem Hause.“ Der Baron wies mit der Hand auf die offene Haustür. „Bitte, geradeaus! Auf dem Hofe links, die erste Tür!“
„Wir sind hier in meiner Redaktions-

stube“, erklärte der Freiherr. „Sie ist ja nicht sehr schön, aber schließlich plaudert es sich hier doch immer noch besser, als auf der Straße. Hier werden wir wenigstens nicht gestört. Aber der Vorfall haben will ich doch die Tür en sch legen. Da nebenan arbeitet nämlich mein Kollege, der Börjennmann!“
Während er das sagte, schob er den Miegel vor die Tür, die zum Nebenzimmer führte, und schloß auch die Tür zum Korridor.
„Und nun“, fuhr er fort, während er einen Stuhl an den Tisch in die unmittelbare Nähe seines Arbeitsstuhles rückte, „setzen Sie sich, liebes Fräulein Berta, und erzählen Sie mir etwas.“
Er hatte sich gesetzt und Bertas Hand mit der Linken ergriffen, während er sie mit der Rechten gemächlich klopfte.
„Nun also . . . Sie sind in Stellung? Oder haben Sie sich verheiratet?“
„Ich bin augenblicklich Gesellschafterin bei einer Französin . . . aber ich glaube nicht, daß ich lange da bleiben werde . . . Ich liebe klare Verhältnisse . . . und da ist manches nicht klar.“
„Ein Mädchen wie Sie wird um eine gute Stelle nicht in Verlegenheit sein. Sie sind nämlich viel hübscher geworden . . .“
„Aber, Herr Baron . . .“
Der Freiherr hatte sich so weit vorgebeugt, daß ihre Köpfe sich beinahe berührten. Berta schlug verächtlich lächelnd die Augen zu Boden.
„Wahrhaftig! Und wenn Sie Ihre Französin verließen, könnte ich Ihnen vielleicht

etwas Geeigneteres empfehlen: eine recht gute Stelle, Fräulein Berta!“ fügte er mit gedämpfter Stimme verächtlich lächelnd hinzu. „Bei einem Herrn in gesetzten Jahren, der schon lange nach einer Dame sucht, die ihm die Wirtschaft führen und gewissermaßen die Hausfrau repräsentieren würde. Sie würden gut, sehr gut behandelt werden, Fräulein Berta, und auch mit allem anderen zufrieden sein . . . Nun, was meinen Sie?“
„Ach, Herr Baron, ich weiß gar nicht, was ich von alledem denken soll. Sie kennen mich doch von früher her und wissen . . .“
„Gerade, weil ich Sie kenne, gerade weil ich weiß, wie Sie sind — gerade deshalb möchte ich Ihnen die Stelle verschaffen“, fuhr der Baron fort, während er ihre Hand mit seinen beiden Händen fester umschloß und sie langsam schaukelte. „Was wollen Sie sich von einer launischen Französin schlanieren lassen? In meiner Wirtschaft, die Ihnen nicht viel Arbeit machen wird, werden Sie die erste sein, und es wird Ihnen ganz gut gefallen. Ich habe eine ganz nette Wohnung, hier in der Nähe, in der Charlottenstraße — Sie können sie sich ja gelegentlich einmal ansehen — wie gesagt, ich glaube, es wird Ihnen gut gefallen.“
„Der Herr Baron haben eine Zeitung?“ fragte Berta.
Saza lächelte und wirbelte seinen schwarzen Bart.
(Fortsetzung folgt.)

mels Krabli die sehr belle Weg in der

Von den Planeten ist nicht mehr sehr viel zu sehen. Merkur ist unsichtbar. Venus ist noch Abendstern bis in den November. Mars ist noch im südlichen Ophtikus zu sehen, geht langsam gegen Mitternacht zu Ende des Monats gegen 10.30 Uhr unter. Jupiter und Saturn sind noch in der Abenddämmerung zu finden. Sie gehen anfangs gegen 10 Uhr unter, zuletzt gegen 8 Uhr und verschwinden dann auf einige Monate. Die Sonne sinkt schnell nach Süden, in diesem Monat um 10 Grad, und das bewirkt für uns eine Abnahme des Tages von 15 Stunden 17 Min. auf 13 Stunden 35 Min. An den Tagen 1.—15. und 20.—25. treten Meteore auf, darunter am 11.—12. der reichste Schwarm des Jahres, der sogenannte Perseidenchwarm, weil er aus dem Sternbild des Perseus auszustrahlen scheint. Es hat sich feststellen lassen, daß dieser Schwarm einen gleichmäßigen Ring um die Sonne bildet, und in diesem läuft auch ein Komet, der dritte des Jahres 1882, so daß in diesem Falle ein Maß der Meteorring und der Komet einen einzigen Riesenkometen bildeten, der durch die Anziehungskraft des Planeten zerstört und in diesen Ring auseinandergezogen ist. Die Bahn der Erde schneidet die Meteorbahn eben in diesen Augusttagen, so daß wir dann der Meteore anständig werden. Es ist nicht der einzige Fall dieser Art, den wir kennen.

Starke Schäden an Runkelrüben durch die Larve des Schildkäfers im Kreis St. Goarshausen.

Ungewöhnlich starkes Auftreten der Larve des Schildkäfers in einzelnen Gemachten des hiesigen Kreises gibt Veranlassung an dieser Stelle näher darauf hinzuweisen. Der Käfer ist ständig bei uns vorhanden, seine Larven sind im Frühjahr auf Unkräutern, wie Gänsefuß und Melde vielfach zu finden. In diesem Jahr tritt die Larve des Käfers auf verschiedenen Runkelrüben ganz verheerend auf. Sie sind hellgrün gefärbt mit 2 weißen Langstreifen und eine Länge bis zu 8 mm. Der Körper ist von obenher flach gedrückt und sein Rand mit Stacheln besetzt. Am Ende des Hinterleibes befindet sich eine gabelförmige Fortsetzung die aufrecht getragen wird.

Die Puppe die sich neben und nach den Larven auf den Rübendblättern vorfindet, hat noch etwas Ähnlichkeit mit diesen, doch gleicht sie auch bereits dem Käfer. Die Farbe ist grün, der Rand des Körpers ist weißlich, und über dem Rücken zwei weißliche Streifen.

Der Käfer selbst hat eine braunrote bis grünlichbraune Färbung mit verschwommenen schwarzen Flecken, sein Kopf wird von dem Brustschild verdeckt. Der Rand des Schildes sowie der Rand der Flügeldecken stehen weit vor, wodurch der Käfer eine gewisse Ähnlichkeit mit einer Schildkröte hat. Der Käfer erscheint im Frühjahr, zuerst auf Melde und Gänsefuß und legt auf deren Unterseite Eier ab. Die daraus hervorgegangenen Larven greifen die Blätter von der Unterseite aus an. Es können im Jahr 2—3 Generationen auftreten.

Der Schädling ist eigentlich auf den genannten Unkräutern zu Hause und geht wenn er diese zu Grunde gerichtet hat auf die Rüben über. Vernichtung der Melde und des Gänsefußes ist deshalb das einfachste Mittel zur Bekämpfung als Vorbeugemaßnahme. Direkte Bekämpfung erfolgt durch Anwendung von Giftgrün, das auf die Rübendblätter gesprüht wird. So wird Chlorbarium (2—4 Kl. auf 100 Ltr. Wasser, je nach dem Alter der Pflanzen) als Spritzflüssigkeit empfohlen. Hin und wieder zeigen sich nach Anwendung des Mittels Verbrennungsercheinungen an Rübendblättern dies kann verhindert werden wenn man auf 14—16 Ltr. der Lösung 1—2 Eßlöffel voll Kalk oder Soda zuführt. Eine weitere Spritzflüssigkeit besteht aus 200 gr. Schweinfurtergrün und 50 Gr. Fettalk auf 100 Ltr. Wasser.

Die Schildkäferlarven fressen nur auf der Unterseite der Blätter deshalb ist bei Besprüngen vor allem darauf zu achten, daß diese Seite vom Gift getroffen und von ihm bedeckt wird. Wo die Felder nahe am Dorf liegen ist das Eintreiben von Hühnern das einfachste und beste Mittel.

Heimatliches.

Nastätten, 2. August 1922.

Preisgekrönt lehrten gestern Abend vom Kreisturnfest in Altschaffenburg (9. Kreis Mittelrhein) die beiden Brüder Fritz und Adolf Wollschläger in ihr Heimatstädtchen zurück. Der Sieg wurde ihnen nicht leicht gemacht da ungefähr 1500, nur beste Turner, zum Wettkampf angetreten waren. Ein kräftiges „Gut Heil“ den beiden mutigen Jüngern Jahns.

Krankenversicherung. Das Versicherungsamt schreibt uns: Die Erfahrungen der letzten Zeit und ganz besonders die zunehmenden Bestrafungen lassen erkennen, daß unter der Landbevölkerung über die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung bezüglich der Meldepflicht zur Krankenversicherung immer noch Unklarheit herrscht. Die Pflicht zur Meldung liegt nach § 317 R.V.-D. den Arbeitgebern ob. Diese haben jeden bei ihnen Beschäftigten der zur Mitgliedschaft bei einer Orts-Land oder Innungs-Gesamtkasse verpflichtet ist, bei der zuständigen Stelle — das ist im Kreis St. Goarshausen bei den Zahlstellen der Ortskrankenkassen — spätestens

innen 3 Tagen nach Beginn und Ende der Beschäftigung zu melden. Diese Vorschrift gilt also sowohl für die Anmeldung als auch für die Abmeldung. Arbeitgeber ist in der Regel derjenige, welchem das Verfügungsrecht über die Arbeitskraft des Arbeiters durch das Vertragsverhältnis zugesichert ist und auf dessen Rechnung der Arbeitslohn gezahlt wird. Versicherungspflichtig sind alle Personen, die gegen Entgelt beschäftigt werden. Zum Entgelt gehören nach § 160 R.V.-D. neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andre Bezüge, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehaltes oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten erhält, z. B. Kost, Wohnung, Kleidung. Im Gegenzug zu der Invalidenversicherung sind auch solche Personen versicherungspflichtig, die Sachbezüge, wie freie Verköstigung und Wohnung, und keinen Barlohn von dem Arbeitgeber erhalten. Nach § 530 R.V.-D. können Personen, die gegen die bestehenden Meldevorschriften verstoßen, mit Geldstrafe bis zu 300 M bestraft werden.

Gold wird in dieser Woche mit 2000 M. für ein Zwanzigmarstück und 1000 M. für ein Zehnmarstück durch die Reichsbank angekauft. Für Reichsilbermünzen gilt unverändert bis auf weiteres der vierzigfache Betrag des Nennwertes.

Neuregelung der Lohnsteuer vom 1. August ab. Die neuen Bestimmungen über die Besteuerung des Arbeitslohns, die mit dem 1. August in Kraft treten, sind im Infortaleil des heutigen Blattes veröffentlicht, worauf besonders hingewiesen wird. Wie aus der Bekanntmachung zu ersehen ist, sind die Ermäßigungsätze vom 1. August ab erhöht worden. Die auf den Steuerbüchern vermerkten Jahresgehalttermäßigungen von 120 M oder 240 M und Werbungskosten 180 M oder 540 M, die übrigens noch teilweise nach den Bestimmungen vom 11. Juli 1921 erfolgt sind, sind ungültig. Für den Arbeitgeber ist nur die auf dem Steuerbuch vermerkte Zahl der Personen für die Steuerberechnung maßgebend. Zur Errechnung des Steuerbetrages werden folgende Beispiele angegeben:

a) Bei einem ledigen Steuerpflichtigen mit Wochenlohn: Neue Ermäßigung vom 1. August ab mit 480 M jährlich, Werbungskosten 1080 M jährlich. Bei einem Arbeitslohn von 800 M wöchentlich = 10 Prozent = 80 M, davon ab Ermäßigung für eine Woche 9,60 M und 21,60 M Werbungskosten, = zusammen 31,20 M, bleiben 48,40 M als Steuerbetrag zu entrichten.

b) Bei einem kinderlos verheirateten Steuerpflichtigen mit Monatslohn: Der Monatslohn beträgt 4000 M = 10 Prozent = 400 M, davon ab Ermäßigungen 40 M für den Steuerpflichtigen = 40 M für die Ehefrau, ferner 90 M Werbungskosten = zusammen 170 M, bleiben 230 M Steuern zu entrichten.

c) Bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit drei Kindern und Tageslohn: Der Tageslohn beträgt 175 M = 10 Prozent = 17,50 M, davon ab Ermäßigungen 1,60 M für den Steuerpflichtigen, 1,60 M für die Ehefrau, dreimal 3,20 M für die Kinder und 3,60 M Werbungskosten, zusammen 16,40 M, bleiben 1 M Steuern zu entrichten.

Steht die Ehefrau selbst in einem Arbeitsverhältnis, so genießt sie die gleichen Steuerermäßigungen wie ein lediger Steuerpflichtiger. Die Ermäßigungen für die Kinder stehen nicht ihr, sondern dem Ehegatten zu. Dem Ehegatten steht gleichfalls die Ermäßigung für die Ehefrau zu.

Miehlen, 30. Juli. Im Gasthaus zur Friedensruhe tagte heute eine Mäcker- und im Gasthaus zur Rose eine Wegewärter-Versammlung; alles infolge der Feuerung.

Ruppertshofen, 2. Aug. Das am vergangenen Sonntag im Kirchspielort Ruppertshofen stattgehabte Gustav-Adolfs-Fest nahm einen würdigen und guten Verlauf und von Nah und Fern waren die Teilnehmer herzugekommen. Der Gottesdienst begann um 2 Uhr in der dichtgedrängten vollen Kirche, wobei der Ortspfarrer, Herr Clave, den Altardienst versah, während Herr Pfarrer Sachs aus Griesheim am Main die Festpredigt hielt. Nach einer Pause von ¼ Stunden begann die Feier im Freien vor der Kirche, wo wiederum von Herr Pfarrer Sachs die Festpredigt gehalten wurde und nach diesem noch von Herrn Pfarrer Griesche-Niederwalmenach, Herrn Pfarrer Amborn-Oberwalmenach und Herrn Pfarrer Wingel-Mariensfels eindringliche Worte gesprochen wurden. Die ganze Feier wurde sehr gehoben durch die vorgetragenen Gesänge des Kirchenchors Ruppertshofen, obwohl die Mitgliederzahl nicht so groß ist, wurde doch vorzügliches geleistet und verdient der Leiter des Chors, Herr Lehrer Geremann, allgemeines Lob und Anerkennung. Wie man ersieht, hatten es die Mitglieder des Posaunenchores, aus dem zum Kirchspiel gehörenden Orte Delsberg, nicht für nötig gehalten, das Versprechen bei der Feier mitzuwirken auch einzulösen, sondern sie zogen es vor, außerhalb unseres Dekanats bei einer anders gearteten religiösen Walbfeyer in Zorn mitzuwirken. Der Ausfall des Posaunenchores wurde von den Festteilnehmern auch gar nicht vermisst, da der Kirchenchor den Platz vollständig ausfüllte. Die Einnahmen der in der Kirche und auf dem Festplatz erhobenen Kollekte, betrug 3273 Mark. Auch der Gemeinde Ruppertshofen, insbesondere dem Gemeindevorstand gebührt großes Lob für den so schön hergerichteten Platz, welcher für solche Veranstaltungen besonders geeignet ist, sowie die Bewirtung der vielen Gäste, welche alle mit dem Bewußtsein nach Hause gingen ein schönes Fest miterlebt zu haben.

St. Goarshausen, 31. Juli. Von unbekanntem Täter wurde die hiesige Transformatorstation der Main-Kraftwerke an der Hafenbach durch Steinwürfe derart beschädigt, daß ein Stabteil völlig ohne Licht war. Für die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt worden.

St. Goarshausen, 2. Aug. Nächsten Sonntag findet an der Bezirkstag des Gau 1 der Feirew. Feuerwehren des Kreises statt. Gleichzeitig wird das 50 jährige Bestehen der hiesigen Wehr in würdiger Weise gefeiert werden, woran sich unsere ganze Bürgerschaft, sowie die Feirew. Feuerwehren des Kreises beteiligen.

Eifighofen, 2. Aug. In letzter Zeit wurden vielfach die Kartoffeläcker in hiesiger Gemarkung von dem Schwarzwild heimgesucht. Trotz allen Nachspürens konnte keiner der Freuler gestellt werden. Nun ist es dieser Tage zwei Herren aus Wiesbaden gelungen, einen stattlichen Reiter von über 200 Pfund zur Strecke zu bringen.

spd. Flörsheim, 1. Aug. Das siebenjährige Töchterchen des Lehrers Schneider in Wiedertrank nach dem Genuß von Pflaumen Wasser. Nach wenigen Stunden war das Kind eine Leiche.

spd. Frankfurt, 31. Juli. Auf der heutigen sehr stark besuchten Getreidebörse stiegen die Preise sprunghaft in die Höhe, in einzelnen Gattungen um 33 1/2 %. Es wurden bezahlt für je 100 Kilo: Weizen Mt. 3000 (letzter Preis 2500—2550), Roggen Mt. 2400 (1900—1925), Gerste Mt. 2700—2800 (2250—2325), Hafer Mt. 2800 (2250—2325), Mais (La Plata) Mt. 2550—2600 (2100), Mais (Mireb) Mt. 2500 (1975—2000), Weizenmehl südd. Mt. 3800—3850 (3325—3450), Roggenmehl nordb. 2850—2900 (2400—2450), Kleie Mt. 1550—1575 (1350), Heu Mt. 1500. Das Geschäft war klein. Mehl wurde nur zweithändig angeboten.

spd. Anspach, 1. Aug. Die Gemeindevertretung beschloß den Bau von 14 Wohnungen und verpflichtete dazu die Einwohnerschaft zur freiwilligen Mithilfe. Die Landwirtevereinigung stellt die Fuhrn, die Handwerker errichten die Wirtschaftsgebäude, die Nichtfachleute, vierhundert organisierte Arbeiter, schachten Grund und Boden für die Gebäude aus. Gegen Einwohner, die sich undiscipliniert zeigen, soll mit sanftem Druck vorgegangen werden. Mit den Arbeiten wurde bereits begonnen. Auf diese Weise werden Summen gespart, die sich in die Hunderttausende belaufen.

Vermischtes.

Preußens Verluste im Weltkrieg. In dem im Druck befindlichen 18. Band des „Statistischen Jahrbuches“ befindet sich eine Zusammenstellung über die Verluste Preußens im Weltkrieg und ihre Verteilung auf die einzelnen Regierungsbezirke. Darüber bringt die „Statistische Korrespondenz“ bereits einige interessante Zahlen. Insgesamt verlor Preußen infolge der Kriegsverluste 1.071.479 preußische Militärpersonen und zwar 1914 143.578, 1915 288.836, 1916 201.952, 1917 178.881, 1918 248.707 und nachträglich 1919 an den Folgen der Kriegsverletzungen 10.445. Diese Sterblichkeit verteilt sich naturgemäß auf die einzelnen Regierungsbezirke verschieden. Bezogen auf 1000 männliche Personen im Alter von 18 bis 45 Jahren ergab sich die höchste Sterblichkeit für den Regierungsbezirk Köslin mit 139 von 1000, die geringste für den Stadtkreis Berlin mit 106 von 1000. Aus dieser Zusammenstellung läßt sich ersehen, daß unter den stark mitgenommenen Regierungsbezirken die ländlichen überwiegen, unter den weniger stark geleiteten die industriellen. Das erklärt sich einerseits durch das große Kontingent, das die ländlichen Bezirke zum Heere stellen infolge ihrer bevölkerungspolitisch weit günstigeren Verhältnisse, als auch besonders durch die zahlreichen Zurückstellungen, die für die kriegswirtschaftlich notwendigen Industrien in den letztgenannten Bezirken vorgenommen werden mußten.

Sträflicher Leichtsin eines Chauffeurs. Ein schwerer Automobilstunfall, der einem Menschen das Leben kostete und auf kräftlichen Verlust des Chauffeurs zurückzuführen ist, ereignete sich auf der Berlin-Potsdamer Chaussee in der Nähe von Hehlendorf. Ein Chauffeur W. aus Steglitz, der die Nacht durchgeknipst hatte, holte gegen Ende der Nacht den Kraftwagen seines Brotherrn aus der Garage, um eine Spazierfahrt mit seinen Bekannten, zwei Frauen und einem jungen Mann, zu machen. Während der Fahrt soll er einer der Begleiterinnen das Steuer überlassen haben, die den Wagen natürlich nicht lenken konnte. Das Auto rannte daher mit voller Wucht gegen einen Baum und ging vollständig in Trümmer. Frau W., eine Barbame, die das Steuer geführt hatte, war sofort tot, der Chauffeur W. so schwer verletzt, daß er in ein Krankenhaus geschafft werden mußte. Die beiden anderen Insassen waren leichter verletzt.

Das Ende des Schiffahrtsstreiks. In Hamburg hat eine Versammlung der Jungleute und Seemannskinder bei 450 gegen 131 Stimmen die Annahme des Schiedspruchs und damit das Ende des Streiks beschlossen. Es ist kaum zweifelhaft, daß die übrigen Hafenstädte dem Beispiel Hamburgs folgen werden. Damit dürfte endlich der Streik der technischen Offiziere, der der deutschen Handelschiffahrt großen Schaden zuzuführt hat, beigelegt sein.

Absturz eines Postflugzeuges. Bei Börsenbura an der Elbe stürzte das Post-

flugzeug D 150 der Deutschen Luftreederei in die Guelzer Tannen ab. Der Führer, v. Herlitz, und drei Passagiere, anscheinend Amerikaner, haben sämtlich Schädelbrüche erlitten. Die Leichen wurden abgetragen. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht geklärt, da das Flugzeug völlig zertrümmert ist.

Gaunerfreiheit. Ein Unbekannter meldete sich in der Münchener Reichsbankfiliale bei der Aufrufnahme eines Kontrollstreifens anstelle des betreffenden Bankdieners und erhielt 300.000 M. auszahalt. Der Schwindler ist spurlos verschwunden.

Todesurteil gegen deutsche Offiziere. Das Schwurgericht in Brünn hat den Baron Nitoll von Gagnern und den Prinzen August zu Stolberg, weil sie den belgischen Baron Udekem in Acoz (Gennepau) im März 1915 ermordet haben sollen, in contumaciam zum Tode verurteilt.

Gegen das Amtsdienst. Eine beherzigenswerte Mahnung richtet die Eisenbahngeneraldirektion Dresden an ihre Beamten: „Häufig leiden amtliche Schreiben, Berichte und Bekanntmachungen noch an den Schwächen des sogenannten Kanzleistils“, so heißt es da. „Der Eisenbahnerlehrer erfaßt alle Kreise der Bevölkerung. Dienstliche Erlasse wenden sich an Mitarbeiter aller Bildungsgrade. Es geht daher nicht an, daß sich der Eisenbahnbeamte einer Junkttsprache bedient, seine schriftlichen Äußerungen müssen vielmehr klar und allgemein verständlich sein. In Bescheiden an Kunden der Reichsbahn soll ferner die unangebrachte Befehlsform vermieden werden, es sei unzumutbar, zu schreiben: „Die Gütertaffe ist von Ihnen zu verändigen...“, besser und höflich klingt es, zu sagen: „Wir eruchen Sie, der Gütertaffe mitzuteilen...“. — Möge dieser Erlaß nicht nur bald recht viele Nachfolger haben, sondern auch tatsächlich einmal befolgt werden.“

Kampf mit Schmugglern an der luxemburgischen Grenze. Zwischen deutschen Zollbeamten und Schmugglern kam es an der luxemburgischen Grenze zu einer Schießerei. Zwei Schmuggler, die von deutschen Beamten verfolgt wurden, überschritten die Grenze und verschwanden nach Luxemburg. Die deutschen Zollbeamten schossen von der deutschen Seite aus in der Richtung der Flüchtlinge und töteten einen luxemburgischen Bauern. Der Zwischenfall soll in der dortigen Gegend lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen haben.

Cholera in Moskau. In Moskau sind in der letzten Woche 82 Cholerafälle festgestellt worden. Auch Fälle von akuter Gastroenteritis sind in Moskau zu verzeichnen.

Amundsens gescheiterte Nordpolexpedition. Aus London wird berichtet, daß der Polarforscher Amundsen, der am 29. Juni nach der Nordküste von Alaska an Bord der „Maud“ abgefahren ist, wahrscheinlich seine Nordpolexpedition auf das nächste Jahr verschieben wird. Amundsen wollte vom Kap Barow mit einem Flugzeug das Polargebiet überfliegen. In London ist eine Depesche eingetroffen, wonach die Dinge sich für dieses Jahr so wenig günstig zeigen, daß Amundsen wahrscheinlich auf die Ausführung seines Planes verzichten muß. Er hatte gehofft, das Kap Barow Mitte Juli zu erreichen, ist aber auf seiner Fahrt durch mächtige Eisberge aufgehalten worden. Er denkt, daß er mit seinen beiden Begleitern wahrscheinlich diesen Winter auf Kap Barow verbringen werde, um nächstes Jahr im Juni einen neuen Versuch zu machen.

Seemannsdiskal. Der englische Dampfer „Bounty of Carnation“, der am Donnerstag aus Datar mit Bestimmung Key West in Florida mit 20 Mann Besatzung an Bord abgegangen ist, ist auf dem Korallenriff der Insel Mayo, nordöstlich der Kap Verdischen Insel gecheitert und sinkt. Der Dampfer „Delaria“ wurde zur Hilfeleistung abgefordert — Das Wrack des Hamburger Freimastkonners „Südbice“ wurde in der Cranzer Bucht treibend gesichtet. Die Mannschaft hatte den Schoner, der Holz geladen hatte, verlassen.

Riesenbrand in Konstantinovel. Aus Konstantinovel wird gemeldet, daß in den Vorstädten Habar-Baicha eine unacheure Feuersbrunst ausgebrochen ist. Es stehen bis jetzt über 250 Häuser in Flammen. Der Schaden beträgt bis zur gegenwärtigen Stunde bereits 6 Millionen Pfund Sterling.

Berücksichtigung des amerikanischen Riesentreibs. Die Lage im Eisenbahnerstreik hat eine neue sensationelle und unerwartete Wendung genommen. Die Gewerkschaftsführer haben die Vermittlungsversuche Präsident Gardings abgelehnt. Man erwartet nun, daß die Regierung die Eisenbahnen selbst in die Hand zu nehmen versuche. Auch im Kohlenstreik macht sich eine Verschärfung bemerkbar. Staatssekretär Hoover hat jede Kohlenausfuhr verboten und alle Staatsregierungen angewiesen, die Kohlenlieferungen an rationieren. Trotzdem erwartet man in vielen Industriestreifen Schwierigkeiten infolge des Kohlenmanakels.

100 holl. Gulden	25817	23620	167,—	M.
100 belg. Franken	5103	4719	80,—	„
100 dan. Kronen	14282	13033	122,—	„
100 schwed. Kronen	17403	15830	112,—	„
100 ital. Lire	3046	2771	80,—	„
1 engl. Pfund	2971	2701	20,—	„
1 Dollar	669	605	4,20	„
100 franz. Franken	—	5013	80,—	„
100 schweiz. Franken	—	11610	80,—	„
100 tschech. Kronen	1506	1423	—	„

Bekanntmachung.

Für die Ermäßigung des zehnprozentigen Steuerabzuges auf Grund des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn sind bei Zahlung der nach dem 31. Juli d. J. fällig gewordenen Arbeitslöhne bis auf weiteres die folgenden Sätze maßgebend:

1. für den Arbeitnehmer selbst monatlich 40 M. (bisher 20 M.);
2. für den für den Arbeitnehmer zugelassenen Pauschsatz zur Abgeltung der nach § 13 des Einkommensteuergesetzes zulässigen Abzüge (Werbungskostenpauschale) monatlich 90 M. (bisher 45 M.);
3. für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau monatlich 40 M. (bisher 20 M.);
4. für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen bzw. nicht über 17 Jahre altes Kind mit einem Arbeitseinkommen oder für jeden vom Finanzamt zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Angehörigen 80 M. (bisher 30 M.).

Die bei monatlicher, wöchentlicher, täglicher oder zweistündiger Lohn- oder Gehaltszahlung zu berücksichtigende Ermäßigung des von dem Arbeitslohn (Geld und Natural- oder Sachbezüge) einzubehaltenden Betrages von 10 v. H. beträgt also:

Familienstand	monatl.	wöchentl.	tägl.	zweistündl.
Unverheirateter oder verwitweter Arbeitnehmer ohne Kinder	130,00	31,20	5,20	1,30
Verheirateter Arbeitnehmer ohne Kinder	170,00	40,80	6,80	1,70
Unverheirateter oder verwitweter Arbeitnehmer mit einem mittellosen Angehörigen oder einem minderjährigen Kind	210,00	50,40	8,40	2,10
Verheirateter Arbeitnehmer mit einem minderjährigen Kind oder mittellosen Angehörigen	250,00	60,00	10,00	2,50
Ledig oder verwitwet mit 2 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	290,00	69,60	11,60	2,90
Verheiratet mit 2 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	330,00	79,20	13,20	3,30
Ledig oder verwitwet mit 3 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	370,00	88,80	14,80	3,70
Verheiratet mit 3 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	410,00	98,40	16,40	4,10
Ledig oder verwitwet mit 4 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	450,00	108,00	18,00	4,50
Verheiratet mit 4 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	490,00	117,60	19,60	4,90
Ledig oder verwitwet mit 5 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	530,00	127,20	21,20	5,30
Verheiratet mit 5 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	570,00	136,80	22,80	5,70
Ledig oder verwitwet mit 6 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	610,00	146,40	24,40	6,10
Verheiratet mit 6 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	650,00	156,00	26,00	6,50
Ledig oder verwitwet mit 7 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	690,00	165,60	27,60	6,90
Verheiratet mit 7 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	730,00	175,20	29,20	7,30
Ledig oder verwitwet mit 8 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	770,00	184,80	30,80	7,70
Verheiratet mit 8 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	810,00	194,40	32,40	8,10
Ledig oder verwitwet mit 9 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	850,00	204,00	34,00	8,50
Verheiratet mit 9 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	890,00	213,60	35,60	8,90
Ledig oder verwitwet mit 10 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	930,00	223,20	37,20	9,30
Verheiratet mit 10 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	970,00	232,80	38,80	9,70

Eine Verichtigung der Steuerbücher durch Zahlenänderung von Seiten der Gemeindebehörden, Finanzämter oder Arbeitgeber findet nicht statt. Der Arbeitgeber ist nach wie vor an die Eintragungen auf dem Steuerbuche insofern gebunden, als er die Zahl der bei dem Steuerabzuge zu berücksichtigenden Personen, wie sie auf dem Steuerbuche eingetragen ist, zugrunde zu legen hat.

Soweit bei Beamten oder Angestellten die Zahlung des Gehalts bereits am 1. Juli d. J. für ein Vierteljahr im Voraus erfolgt ist, ist die erhöhte Ermäßigung bei der Zahlung des Gehalts für das 4. Kalendervierteljahr nachzuholen.

St. Goarshausen, den 28. Juli 1922.

Das Finanzamt.

Halmfrucht-Versteigerung.

Freitag, den 4. August, nachmittags 2 Uhr anfangend, läßt **Hermann Hennig, Hof Schwall** zirka 14 Morgen Roggen parzellenweise öffentlich gegen Baarzahlung versteigern.

Arbeits-Bergebung.

Freitag, den 4. August 1922, nachmittags 3 Uhr werden auf dem Rathaus **Egenroth**

Maurer-, Schreiner-, Dachdecker-, Tüncher- und Anstreicher-Arbeiten am Schulhaus

(veranschlagt zu 50000 Mark) öffentlich vergeben. Kostenanschlag kann hier eingesehen werden.

Egenroth, den 26. Juli 1922.

Der Bürgermeister: Kärner.

Heinr. Heuser, Nastätten

Telefon 77

Telefon 77



Anfertigung

feiner Herren-Garderoben

Modern

eingerichtete Mass-Schneiderei

Einkoch-Apparate

sowie Obstpressen

neu eingetroffen!

G. Knoche, Nastätten (Römerstraße).

Tonger's Musikbücherei Dreiband 20/22.

Soeben erschien:

Die Romantiker der deutschen Musik

von Walter Rohl.

Preis M. 60 (einschl. aller Teuerungszuschläge).

Dieser Band verfolgt auf die gleiche Weise wie der vorhergehende der „Klassiker“ den Zweck, in abgerundeter, leichtverständlicher Form das Leben und Schaffen der bedeutenden deutschen Romantiker in der Musik — Schubert, Weber, Mendelssohn, Schumann, Marschner, Liszt, Wagner und Brahms — in ihrer charakteristischen Eigenart vorzuführen.

Vorrätig in allen Buch- und Musikalienhandlungen, sonst zu beziehen vom Verlage **P. J. Tonger**, Köln a. Rh., Am Hof 30/36.

Böpfe Böpfe

von Natur-Haar

in allen Farben preiswert vorrätig. Es werden auch Böpfe von eigenen ausgefärbten Haaren angefertigt im

Parfümerie- und Friseurgeschäft **Spietersbad** (an der ev. Kirche) **Nastätten** (an der ev. Kirche)

Speise-Kartoffeln

(frühe Kaisertrone) sehr gute hiesige Ware, liefert in Wagenladung

Kausch, Kartoffelhandlung, Weißenthurm.

Wirsing, Oberkohlrabi, Möhren, Salatbohnen, grüne Bohnen hat abzugeben

Gärtnerei E. Wölfert Nastätten: Oberstraße.

Frische Fische

kommen Donnerstag und Freitag zum Verkauf im

Kellerlokal Adermann, Nastätten — Telefon 78

Endivien, Salat- u. Wintertropfpflanzen, Tomaten, grüne Bohnen und Salatbohnen u. Gurken empfiehlt

Gärtnerei Kaiser-Wilhelm-Heim.

Corned-Beef wieder eingetroffen!

H. Schenk, Nastätten.

Kopfschuppen beseitigt man mit sicher wirkendem

Schuppen-Pomade **Wolff & Schwindt** zu haben im

Friseurgeschäft Anton Kern Nastätten: Hauptstraße.

Sommerprossen-Cream zu haben in der

Amts-Apotheke Nastätten.

Am Bahnhof Miehlen

Donnerstag früh 7 Uhr

! frische Seefische !

(Einwickelpapier mitbringen!) zum billigsten Tagespreis empfiehlt

R. Ackermann, Nastätten

Fernsprecher Nr. 78.

2 Kinder

(Junge von 9 und Mädchen von 7 Jahren) während der Ferien im August aufs Land in Pension zu geben. Offerten unter **B. C. 35** an Buchdruckerei **W. Bilbert**, St. Goar.

Gut erhaltene

Konzert-Zither

zu verkaufen.

Ph. Karl Michel, Vogel.

Lacka

die neue Farbböhmernasse für rauhe abgetretene Fußböden, färbt und bohnt zugleich. Lacka gibt dem Fußboden ein schönes goldgelbes Aussehen und steht auf Hochglanz. Zu haben:

Tanus-Apotheke Miehlen.

TRAURINGE

mit Feingehaltsstempel stets in allen Größen vorrätig und werden zum jeweiligen Tagespreis berechnet.

Erich Grewe, Caub a. Rh.

Tafelwagen

mit Messingchale empfiehlt

E. Knoche, Nastätten (gegenüber Kaufhaus Schenk).

Sägemehl

zu Streu- und Räucherzwecken billigt im

Sägewerk Vogel (Bahnhof)

Bekanntmachung.

Betrifft: Steueraufsicht beim Straßenhandel.

Gemäß § 117 der Ausführungsbestimmungen zu dem Umsatzsteuergesetz hat derjenige, welcher ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung oder außerhalb seiner gewerblichen Niederlassung von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder anderen öffentlichen Orten innerhalb einer selbstständig ausgeübten Tätigkeit Lieferungen oder sonstige Leistungen gegen Entgelt ausführt, gemäß § 32 des Umsatzsteuergesetzes in Verbindung mit § 195 ff. der Reichsabgabenordnung ein Steuerheft für den Straßenhandel zu führen und den Eingang der Steuer durch Anzeigung sicherzustellen. Der Steuerpflichtige hat das Heft stets bei sich zu führen und auf Verlangen den Beamten, der Polizei, der Eisenbahn und der Finanzverwaltung vorzuzeigen.

Damit für die Zukunft von den Steuerpflichtigen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend verfahren wird, und Verstöße hiergegen geahndet werden können, habe ich durch die maßgebenden Stellen, die Landjäger, das Zugbegleitpersonal, die Polizeibeamten anweisen lassen, bei der Ausübung der Steueraufsicht Hilfe zu leisten und Händler, die ein Straßensteuerheft nicht bei sich führen, bei mir unmittelbar zur Anzeige bringen. Ich werde nicht unversäumt lassen, die von mir eingeleiteten Strafverfahren in dieser Angelegenheit unnachlässiglich durchzuführen.

Die Herren Bürgermeister des Amtsbezirks bitte ich um ortsbüchliche Bekanntmachung.

St. Goarshausen, den 26. Juli 1922.

Das Finanzamt.

Wird veröffentlicht:

Nastätten, den 31. Juli 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

für die anlässlich unserer Silberhochzeit dargebrachten Glückwünsche und sonstigen Aufmerksamkeiten sagen wir auf diesem Wege Allen unseren herzlichsten Dank.

David Fischer und Frau
Elisabeth geb. Döllmecke

Nastätten, den 2. August 1922.

Holzversteigerung.

Freitag, den 4. August cr., nachmittags 1 Uhr anfangend, kommen im **Niedermeifinger** Gemeindevaal

86 Raummeter eichen Lohholz und 1400 Stück Lohwellen

zur Versteigerung. — Abfahrt gut.

Niedermeifingen, den 29. Juli 1922.

Der Bürgermeister: Kunz.

Vereins-Pferdeschau

des **Pferdezuchtvereins des Kreises St. Goarshausen**.

Am **Freitag, den 11. August 1922**, vormittags 9 Uhr, findet in **Vogel** die diesjährige **Vereinspferdeschau** statt.

Zugelassen sind Kaltblutpferde, welche im Nassauischen Pferdestammbuch eingetragen sind oder von eingetragenen Eltern abstammen. Eintragungen in das Stutbuch können noch zu Beginn der Schau erfolgen. Die Aussteller müssen Mitglieder des Pferdezuchtvereins sein oder werden, und sich zu 3-jähriger Mitgliedschaft verpflichten.

An Preisen sind vorgesehen:

Abteilung A: 3—12-jährige Mutterstuten mit Fohlen und wieder gedeckt. Das Fohlen muß mit vorgeführt werden. 6 Preise zu 500 M., 400 M., 300 M., 250 M., 200 und 150 M.

Abteilung B: 3—12-jährige gedeckte Stuten. 6 Preise zu 400 M., 300 M., 200 M., 150 M., 100 und 75 M.

Abteilung C: 1—2 1/2-jährige Fhengst- und Stutfohlen. 1. für Fhengstfohlen 2 Preise zu 350 und 250 M. 2. für Stutfohlen 2 Preise zu 300 M., 250 M., 200 M., 150 M., 100 M., 75 und 50 M.

Abteilung D: Familien. (Stuten mit 2 und mehr Nachkommen.) 4 Preise zu 600 M., 400 M., 300 und 200 M.

1 Ehrenpreis von 100 M. dem Schmied für den besten Hufbeschlag.

Außerdem je zu dem 1. Preis **1 Ehrenpreis**.

Der Auftrieb beginnt um 8 und muß um 9 Uhr beendet sein. Die Preisverteilung findet gegen 12 Uhr statt. Daran anschließend Umzug der preisgekrönten Tiere durch den Ort. Die Tiere werden vor dem Betreten des Ausstellungspalastes amtstierärztlich untersucht. Den Anordnungen der Schaulitung und der Preisrichter ist unbedingt Folge zu leisten.

Alle Preisempfänger übernehmen durch Annahme der Preise, die für die Hauptstutenschau in Nr. 22 des „Nassauer Land“ vom 6. Juni 1922 vorgeschriebenen Verpflichtungen.

Anmelde-Bordrucke sind sofort dem Herrn Direktor Schmitt-Nastätten anzufordern und vollständig ausgefüllt bis zum 7. August d. J. an denselben portofrei zurückzusenden. Als Bestätigung der Anmeldung erhält der Züchter eine Zulassungskarte mit der seinem Tier zugewiesenen Nummer. Diese Karte ist zur Schau mitzubringen und an der linken Kopfseite des Tieres zu befestigen.

Anmerkung: Nach der Preisverteilung findet ein gemeinsames Mittagmahl im Gasthaus Weisbarth statt. Anmeldungen hierzu müssen baldigst, spätestens vor Beginn der Schau beim Wirt erfolgen.

St. Goarshausen, den 27. Juli 1922.

Der Vorstand: Staehly, stellv. Vorsitzender.